

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Jens Petermann, Ralph Lenkert, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/13242 –

#### **Zukunft der Solarindustrie sichern**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Dr. Tobias Lindner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/9742 –

#### **Energiewende sichern – Solarwirtschaft stärken**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Unterstützungsprogramm mit zinsgünstigen Krediten für die Photovoltaikindustrie, Förderprogramme für kommunale Investitionen in erneuerbare Energien, Forschungsförderung für Stromspeicher, insbesondere für autarke Inselösungen, EU-Investitionsprogramm für die Umstellung von Inselnetzen, Finanzierungsmodelle für mobile Spezialanwendungen.

Zu Buchstabe b

Erhalt des Vergütungsanspruchs für Solarstrom bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, Speicherbonus zur stärkeren Netzintegration erneuerbarer Energien, Überwindung der Finanzierungskrise der Solarbranche durch staatliche Kreditbürgschaften und Kreditprogramm der KfW Bankengruppe, Forschungsoffensive, internationale Regierungsverhandlungen zu fairen Wettbewerbsbedingungen und freie Marktzugänge.

##### **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13242 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion**

**DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9742 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.**

**C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

**D. Kosten**

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/13242 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/9742 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Ernst Hinsken**  
Vorsitzender

**Thomas Bareiß**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Thomas Bareiß

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/13242** wurde in der 240. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/9742** wurde in der 240. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Mai 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Nach dem Willen der Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE. soll die Bundesregierung kurzfristig ein Unterstützungsprogramm für die Photovoltaikindustrie auflegen, das der Branche zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellt und damit die Vorfinanzierung der Produktionskosten ermöglicht. Darüber hinaus soll die Bundesregierung ein Förderprogramm für kommunale Investitionen in erneuerbare Energien und deren bestmögliche Integration in kommunale Stromsysteme schaffen. Außerdem soll die Förderung der Forschung und Entwicklung von Speicherlösungen im Bereich Photovoltaik intensiviert werden.

Zur Begründung verweisen die Antragsteller auf Insolvenzmeldungen und Ankündigungen von Werksschließungen zum Beispiel durch die Firma Bosch. Ein stetiger Zuwachs von Strom aus Photovoltaikanlagen sei für das Gelingen der Energiewende ein zentraler Baustein. Es sei daher auch erstrebenswert, die Produktionsstätten möglichst aller Teile der Wertschöpfungskette der Photovoltaikindustrie in Deutschland und Europa zu halten und innovativ auszubauen. Große Teile der Produktionsstätten der Photovoltaikindustrie seien in solchen Regionen Ostdeutschlands angesiedelt, die vor 20 Jahren schon einmal einen Zusammenbruch der örtlichen Industrie zu verkraften gehabt hätten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/13242 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag, den Widerstand der Bundesländer gegen den Gesetzentwurf zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ernst zu nehmen und die Kürzung der Solarstromvergütung im Vermittlungsverfahren abzumildern. Ziel müsse es sein, die Solarwirtschaft zu stärken und den Vergütungsanspruch für allen in Deutschland erzeugten Solarstrom zu

100 Prozent zu erhalten. Der Ausbaukorridor solle deutlich erhöht werden. Außerdem verlangt die Fraktion, Anreize für die stärkere Netzintegration erneuerbarer Energien zu schaffen. Im EEG soll ein Speicherbonus eingeführt werden. Die Finanzierungskrise in der Solarbranche soll unter anderem durch staatliche Bürgschaften für Bankkredite und ein Kreditprogramm der KfW Bankengruppe überwunden werden.

Zur Begründung verweisen die Antragsteller darauf, dass der Erfolg der Solarbranche akut bedroht sei. Die Branche stecke in einer manifesten Krise. Durch den Preisverfall bei Solarmodulen werde es zu einer starken Expansion der internationalen Märkte kommen, gerade deshalb sei es eine Frage der wirtschafts- und technologiepolitischen Vernunft, die deutsche Solarindustrie in der jetzigen Krise zu unterstützen, um ihre starke Wettbewerbsposition auf den weltweiten Exportmärkten zu erhalten und das Feld nicht allein den chinesischen Herstellern zu überlassen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9742 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 143. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 137. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 137. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf den Drucksachen 17/13242 und 17/9742 in seiner 107. Sitzung am 05. Juni 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, die Bundesrepublik habe bei der Photovoltaik in den letzten drei Jahren mit einem Zubau von durchschnittlich 7 500 MW Rekordwerte vorzuweisen; das sei einzigartig in der Welt. Man habe zwischenzeitlich eine Subventionslawine aufgebaut, die für die nächsten zehn Jahre zwischen 60 und 100 Mrd. Euro betrage. Inzwischen kämen 80 Prozent der in Deutschland verbauten Module mittlerweile aus dem Ausland, vornehmlich aus Asien, während viele deutsche Modulhersteller in Konkurs gegangen seien. Trotz der erheblichen Subventionen hätten diese Hersteller keine Zukunftschancen. Vor diesem Hintergrund sei die Forderung nach noch stärkerer Subventionierung nicht nachvollziehbar. Damit werde man die deutschen Modulhersteller nicht retten können. Den beiden Anträgen werde die Fraktion daher nicht zustimmen und an ihrem Kurs festhalten.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass die Absicht hinter dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. richtig sei, die vorgeschlagenen Mittel jedoch letztendlich nicht helfen würden. Angesichts weltweiter Überkapazitäten würde etwa die Vorfinanzierung von Produktionskosten eher ins Leere laufen. Dem Antrag könne die Fraktion der SPD daher nicht zustimmen. Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien größere Schnittmengen erkennbar, sodass sich die Fraktion der SPD enthalten werde.

Die **Fraktion der FDP** betonte, die vorliegenden Anträge würden für eine gesicherte Existenz der Solarbranche aus EEG-Mitteln und Finanzspritzen sorgen. Für die Unternehmen bestünde dann keine Notwendigkeit, sich neu aufzustellen und mehr anzustrengen, z. B. durch Forschung und Entwicklung. Gerade in diesem Bereich seien eklatante Versäumnisse zutage getreten, in Bezug auf die Speicherentwicklung habe man garnichts zustande gebracht. Den Unternehmen sei es wichtiger gewesen, ihre Aktionäre zu be-

glücken; Nun erklinge der Ruf nach Forschungsgeldern vom Staat, was schlichtweg dreist sei. Die Photovoltaik sei keine Infant-Industrie mehr, die Technologie sei weitestgehend ausgereizt. Die Solarzelle sei kein Hightech-Produkt mehr, sondern billige Massenware. Die Anträge machten daher keinen Sinn mehr, sodass die Fraktion der FDP dagegen stimmen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte klar, dass es nicht um den Erhalt der Industrie um jeden Preis, sondern um den Erhalt von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Bereichen gehe, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. Die Unternehmen hätten tatsächlich zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert und seien nicht an einer nachhaltigen Produktion interessiert gewesen. Deswegen stelle der Antrag die Förderung unter die Bedingung, dass die Unternehmen selbst in Forschung und Entwicklung investierten und gute Arbeitsbedingungen schafften. Auch das Problem der Speicherentwicklung, welchem im Antrag eine zentrale Rolle eingeräumt werde, könne man so in Angriff nehmen. Die Koalition zeige mit ihrer Haltung ein völliges Desinteresse an den in diesem zukunftsfähigen Bereich beschäftigten Menschen, gerade die Arbeitnehmer im Osten seien besonders schwer betroffen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, dass das Solar-Modul eine Massenware geworden sei, deren Produktion ebenso wie bei anderer Massenware nicht mehr in Deutschland stattfinde. Deswegen müsse man sich fragen, wo die Innovationen in diesem Bereich seien. An dieser Stelle müsse eine Industriepolitik der Bundesregierung ansetzen. Wenn die Energieversorgung in Zukunft fast ausschließlich auf erneuerbaren Energien beruhen solle, müsse man Innovationen anschieben, fördern und unterstützen. Man müsse etwa über die KfW Bankengruppe oder über Industrieinitiativen – auch gemeinsam mit europäischen Nachbarländern – versuchen, die Technologieführerschaft zu behalten. Es gebe noch eine ganze Menge zu tun, die Bundesregierung verweise aber lieber auf die Fehler der Branche in der Vergangenheit, statt in die Zukunft zu blicken.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13242 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9742 zu empfehlen.

Berlin, den 5. Juni 2013

**Thomas Bareiß**  
Berichterstatter





